

Pressemitteilung

Dreifaches Nein für eine starke Wirtschaft

Freiburg, 30. November 2025

Mit der Ablehnung der drei zur Abstimmung vorgelegten Vorlagen bekräftigen die Freiburger und Schweizer Stimmberechtigten ihr Bekenntnis zu einer Wirtschaft, die auf Verantwortung, Konsens und Wettbewerbsfähigkeit basiert. Dieses dreifache Nein unterstreicht den Willen der Stimmbevölkerung, im Sinne von Stabilität und sozialem Dialog jene Rahmenbedingungen zu bewahren, die Beschäftigung, Innovation und Wohlstand fördern.

Die Stimmberechtigten haben am Sonntag die Einführung eines staatlichen Mindestlohns sowie die eidgenössischen Volksinitiativen «Für eine engagierte Schweiz» und «Für eine sozial finanzierte Klimapolitik» abgelehnt. Mit diesem dreifachen Nein haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger deutlich gemacht, dass sie ein ausgewogenes Modell beibehalten wollen, das auf dem Dialog zwischen den Sozialpartnern, der Flexibilität des Arbeitsmarktes und der gemeinsamen Verantwortung beruht, statt auf staatlich verordneter Regulierung, die die Sozialpartnerschaft mit den bestehenden Gesamtarbeitsverträgen und Vereinbarungen geschwächt hätte.

Nein zu Bürokratie und Arbeitsplatzverlusten

Die Ablehnung des kantonalen Mindestlohns ist ein starkes Signal zugunsten der Sozialpartnerschaft. Mit der Ablehnung dieser einseitigen, staatlich festgelegten Regelung hat die Freiburger Bevölkerung ein flexibles und ausgewogenes System geschützt, das an die Gegebenheiten der einzelnen Branchen angepasst ist.

«Dieses Abstimmungsergebnis bestätigt das Vertrauen der Bevölkerung in den sozialen Dialog und in die Fähigkeit der Wirtschaftspartner, faire und nachhaltige Arbeitsbedingungen zu schaffen, die den Rahmenbedingungen der einzelnen Branchen und Regionen Rechnung tragen», betont Daniel Bürdel, stellvertretender Direktor des FAV.

Dieser Entscheid stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der KMU, verhindert einen Anstieg der Lohnkosten und sichert den Erhalt qualifizierter Arbeitsplätze in Branchen mit niedrigen Margen.

Nein zu einer Strafbesteuerung

Die Ablehnung der eidgenössischen Volksinitiative «Für eine sozial finanzierte Klimapolitik» zeigt, dass die Stimmbevölkerung eine Enteignungssteuer klar zurückweist. Die Einführung

einer Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 % hätte viele Familienunternehmen, welche das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft bilden, in Bedrängnis gebracht.

«Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben verstanden, dass der Kampf gegen den Klimawandel über Innovation und nicht über Bestrafung geführt werden muss», kommentiert Reto Julmy, Direktor des FAV. Dieses Ergebnis bekräftigt das Bekenntnis der Bevölkerung zu einem pragmatischen Ansatz, der Nachhaltigkeit und Wohlstand miteinander verbindet.

Nein zu Zwang und Abkopplung vom Arbeitsmarkt

Mit der Ablehnung der Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz» hat die Stimmbevölkerung ein unrealistisches Projekt verworfen, das den administrativen Aufwand erhöht und tausende junge Menschen von Ausbildung und Beschäftigung ferngehalten hätte. Das Resultat bestätigt die Position der Arbeitgeberkammer und erinnert daran, dass eine solche Verpflichtung insbesondere in den Unternehmen zu zahlreichen Ausfallzeiten geführt hätte, mit negativen Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation und die Kontinuität der Geschäftstätigkeiten.

Kontakte

Patrick Gendre – Verwaltungsratspräsident
des FAV
078 708 22 06
patrick.gendre@upcf.ch

Daniel Bürdel – Stv. Direktor des FAV
079 262 04 70
daniel.buerdel@upcf.ch

Der Freiburger Arbeitgeberverband (FAV) ist der Dachverband, der die Interessen der Arbeitgeber, der KMU und der Wirtschaft im Allgemeinen vertritt und verteidigt. Sein Ziel ist es, sich für die Wahrung guter Rahmenbedingungen einzusetzen, die es den Unternehmerinnen und Unternehmern ermöglichen, sich den Herausforderungen des sich ständig verändernden Marktes zu stellen. Tagtäglich betreut der FAV über 8700 Mitglieder. Zurzeit verwaltet er rund 60 Berufsverbände, 17 Verbände der überbetrieblichen Kurse, verschiedene Lehraufsichtskommissionen und ist in 9 paritätischen Kommissionen vertreten.